

LOKALES

Stadt soll Gehwegparken regulieren

Zugestellte Bürgersteige frustrieren Leverkusenerin. Politik lehnt ihren Antrag ab.



Die Politik ist sich zum Thema Gehwegparken uneins. FOTO: UM

VON GABI KNOPS-FEILER

LEVERKUSEN | Bremen hat es vorgemacht. Dort hatten Anwohner 2018 einen Antrag bei der Verkehrsbehörde eingereicht, „mit der Bitte, geeignete Maßnahmen gegen das Gehwegparken zu ergreifen“, berichtete ein Magazin. Ein

ähnliches Vorhaben hat eine Leverkusenerin jetzt auf den Weg gebracht und ihr Anliegen im Ausschuss für Bürgereingaben und Umwelt vorgestellt. Sie plädierte dafür, „das halbseitige Gehwegparken im Stadtgebiet von Leverkusen zu überprüfen“ und eine „Liste mit Straßenzügen zu erstellen, in denen es ... möglich wäre ... die Gehwegparkflächen zu entfernen.“ Als Beispiel nannte sie die Rheindorfer Straße. Doch im Stadtgebiet gibt es etliche weitere – zum Beispiel auf der Schönen Aussicht in Lützenkirchen –, an denen Autos auf Gehwegen parken und Passanten nur wenig Platz an dieser Engstelle bleibt. „Die Verwaltung strebt die Optimierung des Fußwegenetzes an“, erläuterte die Bürgerin. „Aber wie soll das funktionieren, wenn für Fußgänger kein Platz eingeräumt wird? Also muss man das Gehwegparken besser regulieren.“ Trotz breiter Zustimmung der Parteienvertreter wurde der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

In ihrer Stellungnahme hatte die Verwaltung darauf hingewiesen, das Problem bestehe vor allem in alten, gewachsenen Gebieten wie in der Opladener Altstadt. Im Übrigen werde Gehwegparken beim Neubau von Straßen – wie beim Umbau der Hitdorfer Straße – vermieden. Im Hinblick auf die Rheindorfer Straße sei eine Änderung wegen der „Vorfahrtstraße mit großer Bedeutung für den Durchgangsverkehr sowie besonders auch den öffentlichen Personennahverkehr“ nicht möglich.

Dirk Löb (SPD) hielt den Antrag für begründet. „Der erste Schritt wäre, entsprechende Ordnungswidrigkeiten zu ahnden. Denn viele Verkehrsteilnehmer stellen ihre Autos einfach ab, wie es ihnen gefällt“, kommentierte er. Auch Andreas Bokeloh (Grüne) signalisierte Zustimmung und führte aus, dass viele Autos zu breit seien für enge Straßen. Ebenso wie Christoph Pesch (OP Plus) plädierte er einerseits für Strafen, andererseits für stärkere Kontrollen. Friedrich Busch (FDP) hielt dagegen, die Umsetzung sei von der Stadt nicht zu leisten. Frank Pathe (Klimaliste) wunderte sich, wie die Feuerwehr in manchen Stadtteilen zum Einsatzort komme. Das Problem spitze sich zu, es seien die Ordnungsdienste gefragt.